

Sankt PaulinX



... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer!

DIE LINKE. St. Pauli

Nr. 10 Februar 2012

St. Paulis LINKE
zum Programm
S. 10-11

WOHNRAUM IS
KEINE WARE
MIETEN RUNTER
ASTRATURM
BEWOHNEN
NOBNQ &
ESSO HÄUSER
Wir bleiben!
Was dagegen

Bayern-Imperium
bedroht
Kiez-Nachbarschaft

S. 6-7

Gewalt beim
Hallenfußball
S. 8-9



„Ich trage mit Stolz den Titel Sheriff“: Der Saubermann an der Spitze des Bezirks Hamburg-Mitte, Markus Schreiber (SPD), macht seinem Selbstverständnis alle Ehre und setzt seine Vertreibungspolitik fort. Schon länger in seinem Fokus sind Prostituierte. Schreiber wollte erst den ganzen Bezirk Hamburg-Mitte zu einem Sperrbezirk erklären lassen. Als dieses Vorhaben scheiterte, wollte er zumindest die Straßenprostitution aus St. Georg in die Pampa der Süderstraße „verlagern“. Jetzt wirbt er für die Einführung eines Bußgeldes für Männer, die Prostituierte in St. Georg ansprechen.

Die Liste der Vertreibung wird immer länger: Errichtung von Trinkhallen, Wagenplatz Zomia raus aus Wilhelmsburg, ein Zaun gegen Wohnungslose an der Kersten-Miles-Brücke in St. Pauli-Süd, Privatisierung des Hauptbahnhof-Vorplatzes, Säuberung der Reeperbahn durch Installierung eines „Business Improvement Districts“ (BID) – die Liste ließe sich fortführen. Schreiber will all

diejenigen aus dem öffentlichen Raum verdrängen, die ihn, die Touris und die Spießbürger_innen stören.

Begonnen hat seine Vertreibungspolitik bereits 2002: Schreiber war es, der die Räumung des Wagenplatzes Bambule im Karo Viertel anordnete, die der damalige Innensenator Ronald Schill ausführen ließ. Gäbe es einen „Ronald-Schill-Preis“ nach dem früheren 2. Bürgermeister, Schreiber wäre als 1. Empfänger prädestiniert.

Zum Glück gibt es gegen die Politik Schreibers und seiner SPD vielfältigen Widerstand, mehr findet Ihr zur „SOS St. Pauli“-Kampagne und zu den „Esso Häusern“ in dieser Ausgabe der Sankt PauLinX.

Eine interessante Lektüre wünscht im Namen der LINKEN Stadtteilgruppe St. Pauli

Markus Schneider-Johnen

SOS St. Pauli: Bündniskampagne unterstützen - 12-Punkteprogramm unterschreiben!

Ein Bündnis, dem die Gemeinwesenarbeit St. Pauli (GWA), „Es regnet Kaviar“ - das Aktionsnetzwerk gegen Gentrification - , No BNQ sowie die Initiativen Esso Häuser und Reeperbahn 157 angehören, hatte zu einer ersten „SOS St. Pauli“-Stadtteilversammlung eingeladen. Die fast 300 Anwesenden verabschiedeten im Konsens ein 12-Punkteprogramm, mit dem die Reißleine gegen die bereits weit fortgeschrittene Gentrifizierung des Viertels gezogen werden soll. Nun gilt es insbesondere durch eine breit angelegte Unterschriftenkampagne, die öffentliche Unterstützung der Forderungen zu dokumentieren und damit den Druck auf die Politik weiter zu erhöhen.

Unterstützung erwünscht

Das Bündnis freut sich über viele neue Mitstreiter_innen und helfende Hände. Ob kontinuierlich aktiv mitwirken, mal ein Plakat aushängen, Listen auslegen und volle Listen abholen und in die GWA bringen oder sich ne Stunde vor nen Supermarkt stellen und Unterschriften sammeln – es gibt viele Beteiligungsmöglichkeiten. Alle Materialien wie Unterschriftenlisten, das 12-Punkteprogramm, Plakate und Aufkleber können im „Kölibri“ am Hein-Köllisch-Platz abgeholt und massenhaft ausgehängt, ausgelegt und verteilt

werden. Wer Orte kennt, die bereit wären, Unterschriftenlisten auszulegen oder Plakate auszuhängen, sollte in der GWA anrufen: 040 – 410 9887 31.

Weitere Infos gibt's auch im Internet: www.sos-stpauli.de.

Hier kann das 12-Punkteprogramm auch online unterschrieben werden.



WIR die Leute aus St. Pauli verlangen:

- 1.** Alle Planungen, Vertragsverhandlungen und Genehmigungsverfahren, die mit Abriss, Bau, Modernisierung, Umwandlung oder Verkauf zu tun haben, müssen auf Eis gelegt werden. Alles gehört auf den Prüfstand.
- 2.** Offenlegung aller Planungen, Verkaufs- und Bau-Vorhaben: Jeder Antrag, jede Entscheidung muss öffentlich gemacht und diskutiert werden.
- 3.** Wir brauchen einen Runden Tisch für St. Pauli, der sämtliche Verantwortliche und Betroffene von Stadtentwicklungsprojekten gleichberechtigt einschließt. Entwicklung einer demokratischen Planungsform!
- 4a.** Ideen aus dem Stadtteil, statt Bevormundung durch die Stadt: AnwohnerInnen-Initiativen und AnwohnerInnenbedürfnisse müssen entscheidender Bestandteil der Stadtplanung werden.
- 4b.** Keine Privatisierung öffentlicher Räume, Parks, Plätze und Einrichtungen. Entprivatisierung des Spielbudenplatzes.
- 5.** Sämtliche Projekte oder Veränderungsmaßnahmen müssen nachweisen, welchen Nutzen sie für den Stadtteil haben.
- 6.** Wenn Neubau, dann nur noch öffentlich geförderter oder günstiger Mietwohnraum.
- 7.** Der Bau von öffentlich gefördertem Wohnraum darf nicht zu Lasten existierenden, günstigen Wohnraums gehen. Der Bau öffentlich geförderten Wohnraums darf nicht zum Vorwand für Abrisspolitik werden.
- 8.** Sozialwohnungen müssen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben.
- 9.** Mietpreisbindung (festgesetzte Höchstwerte) für Wohnen und Gewerbe. Umwandlung aller befristeten in unbefristete Mietverträge.
- 10.** Erhalt und Förderung einer kleinteiligen und vielfältigen Gewerbestruktur.
- 11.** Ankauf aller auf dem Markt angebotenen Wohnungen und Grundstücke durch die Stadt zu gesetzlich festgelegten Höchstpreisen, um günstige Mieten zu sichern.
- 12.** Leerstand kriminalisieren (gesetzlich verbieten), Besetzung von Leerstand entkriminalisieren, Zwangsvermietung bei Leerstand.

Vorgestellt, diskutiert, verändert und beschlossen von rund dreihundert TeilnehmerInnen der 1. Stadtteilversammlung S.O.S. St. Pauli, in der Galerie der St. Pauli Schule Bernhard Nocht Strasse am 22. Oktober 2011

Nach 50 Jahren Migration: Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen überfällig!

Außer der CDU sind sich die Fraktionen in Hamburg-Mitte einig: Hamburg soll sich endlich im Bundesrat für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen einsetzen. Ein Antrag, der von der Fraktion der LINKEN und der Gruppe der Piraten zur Sitzung der Bezirksversammlung am 15.12.2011 eingebracht wurde, fand die Zustimmung der SPD, der GAL und der FDP. Nur die CDU-Fraktion stimmte gegen diesen Antrag.

DIE LINKE ist der Meinung, dass es gerade in der heutigen Zeit, wo bekannt geworden ist, dass Rechtsradikale jahrelang unentdeckt ihr tödliches Unwesen gegen unsere migrantischen Mitbürger_innen getrieben haben, notwendig ist, endlich ein Zeichen zu setzen und klar zu stellen, dass diese Menschen selbstverständlich zu unserer Gemeinschaft gehören. Wenn Integration kein Lippenbekenntnis bleiben soll, muss diese offensichtliche Ungerechtigkeit, die auch undemokratisch genannt werden darf, jetzt endlich vom Tisch.

In Hamburg-Mitte ist es wichtig, dieses Thema öffentlich zu machen. Denn hier leben rund 250.000 Menschen über 18 Jahre und darunter sind fast 57.000, auf St. Pauli über 4.000 Menschen Nicht-EU-Bürger_innen, die bei uns leben und arbeiten, aber nicht das Recht haben, bei Kommunalwahlen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden die politische Richtung mit zu entscheiden.

Durch die Initiative von „Mehr Demokratie“, die durch ein Bürgerbegehren erreicht hat, dass bei Wahlen die Wahlkreise für die Kommunalwahlen neu zu bestimmen sind, ist nach Ansicht der LINKEN nun die

Gelegenheit gekommen, auch das Thema Migrant_innenwahlrecht endlich wieder aufzugreifen. Bereits 1989 scheiterten Hamburg und Schleswig-Holstein vor dem Verfassungsgericht mit dem Versuch, das kommunale Wahlrecht für Migrant_innen einzuführen. Seit 1997 scheiterten zudem mehrere Initiativen im Bundesrat, den § 48 des Grundgesetzes zu ändern, an den Stimmen der CDU-geführten Bundesländer.



*Unverzichtbarer Teil der Gesellschaft und des Viertels,
aber immer noch kein Wahlrecht.*

Der Europarat hat im Juni 2008 die Empfehlung an die Mitgliedsstaaten ausgesprochen, das kommunale Wahlrecht allen in den Kommunen lebenden Bürger_innen, egal welcher Herkunft, zuzugestehen. Dem haben sich bereits 16 EU-Staaten angeschlossen. Es ist höchste Zeit für Deutschland, sich ebenfalls dieser Empfehlung anzuschließen. Der Hamburger Senat sollte daher so schnell wie möglich mit den anderen befürwortenden Bundesländern eine neue Initiative im Bundesrat starten, um die Änderung des Grundgesetzes endlich durchzusetzen.

Renate Hercher-Reis

Gedenken an Ramazan Avcı

Vor 26 Jahren wurde Ramazan Avcı von rechten Skinheads am Bahnhof Landwehr überfallen und so schwer verletzt, dass er wenige Tage später diesen Verletzungen erlag.

Sein Tod war gleichzeitig die Geburtsstunde der Türkischen Gemeinde Hamburg. Aus Betroffenheit und um ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu setzen, kamen Menschen, Vereine, Gruppen und Institutionen zusammen und gründeten das "Bündnis Türkischer Einwanderer (TGB)".

Heute haben die damals aufgestellten Forderungen nichts an Aktualität verloren. Die Mordserie an neun gewerbetreibenden Migranten durch eine neonazistische Terrorbande zeigt, dass es noch nicht gelungen ist, Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit nachhaltig zu bekämpfen. Wir sind entsetzt, dass kürzlich bekannt wurde, wie eng die Verbindungen

zwischen Neonazis und Verfassungsschutz offenbar sind.



Mehmet Yildiz, LINKER Bürgerschafts-abgeordneter, gedenkt Ramazan Avcı.

Wir appellieren erneut an die Politiker, dem Platz vor dem Bahnhof Landwehr den Namen "Ramazan-Avcı-Platz" zu geben und dort eine Gedenktafel anzubringen.



Per Mail die aktuelle Sankt PauLinX

Leider erhalten (noch) nicht alle Haushalte im Viertel die Sankt PauLinX in ihre Briefkästen. Um aber sicher zu gehen, dass gleich nach Erscheinen die neue Ausgabe auch Dich elektronisch erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder auf unserer Website www.sankt-paulinx.de in den Mail-verteiler eintragen oder eine Mail an sankt-paulinx-abo-request@lists.die-linke-hh.de schicken.



Impressum:

Herausgeberin: **DIE LINKE. STADTTEILGRUPPE ST. PAULI**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen, c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg, Wendenstr. 6, 20097 Hamburg, Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für SPX Nr 10: 31.03.2012 Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Fotonachweis: S. 1,2,4,6-9: M. Schneider-Johnen, S. 5: Nebahat Uzun, S. 10-12: privat

Bayern-Imperium will Esso Häuser abreißen

Auf dem Areal rund um die Esso Tankstelle befinden sich 110 Wohnungen, sowie alteingesessene Lokaltypen wie das „Molotow“, die „Meanie Bar“, „Planet Pauli“ und „Das Herz von St. Pauli“. Für das Herz von St. Pauli halten nicht nur viele Menschen aus dem Viertel die „Esso Häuser“, die ihren Namen von der Tanke nebenan haben. Weit über St. Pauli hinaus

keine Wohnung mehr im Viertel zu finden, die sie bezahlen können. Denn die meisten von ihnen haben keinen dicken Geldbeutel, unter ihnen einige, die auf dem Kiez arbeiten oder dort bis zur Rente tätig waren. Und selbst wenn sie wider Erwarten eine Wohnung in Kieznähe fänden: Die seit vielen Jahren gewachsene und gut funktionierende Nachbarschaft in den Esso Häusern wäre zerstört.



Die Bayern wollen alles abreißen: die bekannte Esso-Tanke, die beiden Häuser dahinter mit 110 Wohnungen,...

werden Unmut und Unverständnis über die drohende nächste große Etappe der Gentrifizierung St. Paulis geäußert. Stadtentwicklungspolitische Aktivist_innen haben sich mit engagierten Bewohner_innen der Esso Häuser zusammengeschlossen und die „Initiative Esso Häuser – wir sind kein Objekt“ gegründet. Diese Gruppe zeigt: Es gibt sie zur Genüge, die Menschen, die in den Esso Häusern gerne wohnen, trotz der Nähe zum Spielbudenplatz, trotz des Lärms derer, die sich an der Tanke auch Nachts mit Getränken eindecken, trotz des Instandhaltungsstaus der Gebäude und trotz der großen Spanne an Mieten, je nachdem, wann der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Sie hängen an ihren Wohnungen, in denen sie zum Teil seit den 1960er-Jahren wohnen, als die Häuser neu waren. Vor allem geht die Angst um, im Falle von Abriss und Neubau

Hintergrund dieses Schreckens-Szenarios ist der Kauf des Areals mit den Esso Häusern durch die „Bayerische Hausbau“ im Jahre 2009. Der bayrische Immobiliengigant gehört zur „Schörghuber-Gruppe“, die von Josef Schörghuber, dem inzwischen verstorbenen Freund von Franz-Josef Strauß und vermuteten Spender an Helmut Kohl, gegründet wurde. Schörghubers Erbe im geschätzten Wert von 3,5 Milliarden Euro führt inzwischen sein Sohn weiter. Ihm gehört nun nicht nur das Immobilienimperium, das Luxus-Hotels, Shopping-

Malls, Büro- und Wohnviertel an exponierten Orten – aktuell z.B. gleich neben dem Areal „Stuttgart 21“ – baut, sondern auch die Paulaner-Brauerei, die Hotel-Kette „Arabella“, der Fertighaushersteller Hanse Haus, die Flugzeugleasingfirma Bavaria und vieles mehr.

Dieses Imperium greift nun nach dem Herzen von St. Pauli, und siehe da: Die SPD-Vorsprecher zu zentralen Bauangelegenheiten im Bezirk Hamburg-Mitte, Andy Grote und Markus Schreiber, haben sie schon auf ihrer Seite. Da braucht der Investor nur mit ein paar Sozialwohnungen zu winken, und gleich wird die SPD in Schröder-Manier zur Genossin der Bosse. So ließ Grote, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, nach Bekanntwerden des Abrissvorhabens verlauten, dass niemand

verdrängt werde und mit dem Investor eine Vereinbarung getroffen werden könne, mit der alle jetzigen Bewohner_innen ein Rückkehrrecht in die neuen preisgünstigeren Sozialwohnungen bekämen. Kein Wort dazu, dass der Investor mehr Eigentumswohnungen und frei finanzierte Wohnungen als öffentlich geförderte Wohnungen bauen will. Und was nützen den jetzigen Mieter_innen, von denen viele zwar ein geringes Einkommen haben, aber nicht §5-Scheiberechtigt sind, Sozialwohnungen? Sie brauchen ein Rückkehrrecht mit Mietpreisbindung, festgeschrieben in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag. Dass der Investor dies jedoch nicht will, liegt auf der Hand.

Die Bayerische Hausbau gibt sich zwar in der Öffentlichkeit gesprächsbereit: Sie wolle mit der Initiative Alternativen zum Abriss diskutieren. Zweifellos war aber schon mit dem Kauf des Areals der unbedingte Wille zum Abriss und lukrativen Neubau vorhanden. Schließlich haben wir es hier mit einem Unternehmen zu tun, das auf einer zügellosen kapitalistischen Verwertungslogik basiert. Auch nach meiner Teilnahme an zwei Gesprächen des Investors mit Vertreter_innen aller Bezirksfraktionen ist für mich klar, dass der Erhalt der Häuser von den Bayern absolut abgelehnt wird. In diesen Gesprächen habe ich den Investor aufgefordert, alles für den Erhalt zu tun und einen konsensorientierten Diskurs mit der Initiative zu führen.

Dahingegen musste die Initiative aus der Presse die Ergebnisse von drei Gutachten erfahren, die der Investor in Auftrag gegeben hatte und die belegen sollen, dass eine Sanierung der Häuser mit unangemessenem Aufwand verbunden und nur möglich wäre, wenn die Mieter_innen der Häuser während einer längeren Sanierungsphase die Häuser verließen. Dem hält die Initiative mit Hilfe eines sachverständigen Architekten entgegen, dass eine Instandsetzung der Haustechnik wohnungsweise möglich wäre, zumal eine Reihe von Wohnungen in den Häusern leer



... und auch den Gewerberiegel an der Reeperbahn mit erhaltenswürdigen Lokalitäten wie dem "Molotow".

stehen. Es gebe einen Instandsetzungsaufbau, aber die Substanz der Häuser sei nicht gefährdet. Dies soll nun in einem gemeinsam von der Initiative und den Bayern in Auftrag gegebenen Gutachten untersucht werden.

Sollte das Ergebnis sein, dass die Häuser erhalten werden können, ist die Bezirkspolitik am Zuge, die die Entscheidungshoheit über die Zukunft der Esso Häuser hat: Zum einen ist sie absolut nicht gezwungen, den gültigen Bebauungsplan an die Wünsche der Bayern anzupassen. Zum anderen hat der Senat für den Stadtteil St. Pauli im Juli 2010 den Aufstellungsbeschluss für eine Soziale Erhaltungsverordnung gefasst. Damit können Abriss und Neubau auf dem Esso-Areal auch gegen den Willen der Bayerischen Hausbau untersagt werden, unter Verweis auf den mit dem Abriss- und Neubauvorhaben verbundenen drastischen Wandel in der Mieter_innenstruktur. Die Politik hat es also in der Hand, dieses „Biotop“ im Herzen St. Paulis zu schützen. Eben für solche Fälle sollte doch der „Schutzschirm für St. Pauli“ (Andy Grote) dienen. Nun muss er auch angewendet werden. Ansonsten entpuppt sich die Soziale Erhaltungsverordnung für St. Pauli als reines Blendwerk.

Markus Schneider-Johnen

Mit dem Rechten sieht man schlecht!

In einer großen Koalition versuchen Polizei, SPD und CDU rechte Gewalt zu verharmlosen und von eigenen Versäumnissen abzulenken.



Eines der am stärksten diskutierten Themen in den letzten Wochen waren die Ausschreitungen am Rande des Hallenfußballturniers am 6. Januar in der Alsterdorfer Sporthalle. Ca. 120 vermeintliche Lübecker Fans haben während des Turniers den St. Pauli-Fanblock angegriffen, danach ist es zu Ausschreitungen und Schlägereien gekommen.

Insgesamt sind 75 Personen verletzt worden. Die „Welt“ berichtet, dass von den Festgenommenen einige „als Gewalttäter bekannte Linksextremisten“ seien. Den Vogel schoss die CDU ab, die den Rücktritt des Sicherheitsbeauftragten des FC St. Pauli forderte, weil sie ihm zu unterstellen versuchte, dass er die Gewaltausschreitungen verteidige. Eines ist hierbei natürlich klar: Auch St. Pauli-Fans haben sich natürlich nicht in allem korrekt verhalten und müssen sich die Fragen stellen lassen, ob es wirklich eine gute Idee ist, den Kampf um Fahnen und Symbole zu führen. Doch: Die Erklärungen der Hamburger Polizei zu den Vorkommnissen, gewaltbereite Fans der drei beteiligten Vereine, - FC St. Pauli, VfB Lübeck und HSV - hätten sich gegenseitig angegriffen; ebenso Ordner_innen und Polizeibeamt_innen, verzerren die Wirklichkeit.

Die Tendenz dieser Berichte deckt sich weder mit den Berichten, die auf der Vereinshomepage des FC St. Pauli gesammelt wurden, oder die z.B. durch Bilddokumente deutlich werden: Offenkundig sind im Fanblock des VfB Lübeck massiv Neonazis und rechte Hooligans aus dem Umfeld des Lübecker Vereins und des HSV mit in der Halle gewesen und sind ebenso offenkundig zum Turnier gekommen, um den linken Zeckenverein mal so richtig

aufzumischen. Lübecker Fans, die den Hitlergruß zeigen, sind auf Fotos des NDR dokumentiert. Zeugenaussagen berichten von Gesängen aus dem Lübecker Block wie „Judensöhne“ oder „Zick-Zack Zigeunerpack“, die schon zur Begrüßung skandiert wurden.

Im Nachhinein ist herausgekommen, dass ca. 100 der VfB Lübeck-Ultras Karten für den Freitagabend gekauft hatten, aber keine einzige für den Samstag, an dem der VfB das entscheidende Gruppenspiel ausgetragen hätte. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich bei den Krawallen eben nicht um die spontane Auseinandersetzung zwischen gewaltbereiten Fans aus unterschiedlichen Vereinen gehandelt hat, sondern dass rechte Strukturen, die die Lübecker Fanszene infiltriert haben, verabredet hatten, das Turnier in Hamburg an diesem Freitag aufzumischen. Der Verein in Lübeck musste inzwischen in den Lübecker Nachrichten zugeben, dass er nicht kontrolliert hatte, wer in Lübeck die Karten erworben hatte. Die Polizei will nichts von der neonazistischen Zusammenrottung mitbekommen haben und bleibt bei ihrer Version,





die Sie praktisch dadurch zu untermauern versucht, dass Sie nur St. Pauli-Fans in Gewahrsam genommen hatte.

DIE LINKE Bürgerschaftsabgeordnete Christiane Schneider fragte nach dem Bericht der Polizei im Innenausschuss zu Recht öffentlich: „Fehlt der Polizei das Sensorium, um Rassismus und neonazistische Straftaten zu erkennen? Der Bericht von Herrn Lehmann vermittelt jedenfalls den Eindruck, dass rassistische und antisemitische Parolen und neonazistische Symbole wie der – durch Fotos dokumentierte – gezeigte Hitlergruß im Lübecker Block für die Polizei nicht einmal der Rede wert sind. Und dann will die Polizei nach Auskunft des Leiters der Zentralkommission nichts gesehen und nichts gehört haben? Und das in einer Zeit, in der eine jahrelange Mord-

serie mit neonazistischem und rassistischem Hintergrund die Sinne auch und gerade der Polizei schärfen sollte!“

Die Abgeordnete hat Anzeige erstattet gegen eine namentlich nicht bekannte Person im Lübecker Block, die, wie im Bild festgehalten, den Hitlergruß zeigt, eine Straftat nach § 86a (2) StGB. Es handelt sich dabei zwar um ein Officialdelikt, bei dem die Strafverfolgungsbehörden ohnehin von sich aus ermitteln müssen. Doch soll durch die Anzeige sichergestellt werden, dass das auch wirklich geschieht. Dies ist wohl auch dringend erforderlich, denn für die Ungereimtheiten zwischen öffentlich berichtetem Geschehen und dem Agieren der Polizei gibt es nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder die Polizei war schlecht vorbereitet und hat sich nicht informiert, was aus Lübeck zu erwarten ist, und versucht nun im Nachhinein, ihr Versagen bei dem Einsatz zu vertuschen, indem sie eine Legende strickt, was dort vorgefallen ist. Oder in einem ungunstigen rechten Corpsgeist haben eingesetzte Polizeikräfte mit der neonazistischen Randalie sympathisiert und die Gelegenheit genutzt, um selbst mit Schlagstock und Pfefferspray gegen „St. Pauli-Zecken“ vorzugehen. DIE LINKE wird an diesem Thema dranbleiben, um hier größere Klarheit zu bekommen.

Martin Wittmaack

Von wegen DIE LINKE hat kein Programm!

In Erfurt hat DIE LINKE neulich ihr Grundsatzprogramm mit 96,9 % verabschiedet. DIE LINKE. St. Pauli unterstützt dieses Programm. Einige LINKE aus St. Pauli haben für die Sankt PauliX ihre Lieblingspassagen ausgewählt. Das ganze Programm ist im Internet zu finden unter www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderpartei.dielinke. Ein Anruf unter 040-3892164 genügt und Du bekommst das Programm per Post zugeschickt.

Dirk Prösdorf:

Im Programm fasziniert mich besonders die Präambel mit der großen Utopie von der "anderen Gesellschaft":

DIE LINKE als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist.



Verena Brachvogel:

Mir ist vor allem das Kapitel „Woher wir kommen, wer wir sind“ wichtig. Hieraus stammt diese Passage:

Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals und aus patriarchalen Verhältnissen verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere Marx, Engels und Luxemburg gezeigt.

Christine Detamble-Voss:

Mir liegt das Kapitel „Geschlechterverhältnisse im Umbruch“ am Herzen. Hieraus zitiere ich:

Im Ergebnis kann die neue Frauenbewegung als eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen gelten. Frauen haben die Grenzen des angeblichen Frauenortes Haushalt gesprengt, sie haben sich das Recht auf Bildung, auf eine eigenständige berufliche Entwicklung und ökonomische Unabhängigkeit von ihren Männern erkämpft. Frauen können ihre Sexualität freier leben und die Familienplanung unabhängiger gestalten. Doch die neoliberale Deregulierung belastet Frauen mit den hohen Anforderungen nach Flexibilität, durch Doppel- und Überbelastung und geringe Bezahlung in besonderer Weise.





Martin Wittmaack:

Für Sozialist_innen ist und bleibt die Frage nach dem Eigentum zentral. In Hamburg werden wir uns als nächsten Schritt weiter dafür engagieren, dass die Energienetze komplett wieder in öffentliches Eigentum kommen.

Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigentumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die Entscheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen statt am Wohl der Allgemeinheit orientieren, ist Politik erpressbar und Demokratie wird ausgehöhlt. Eine soziale, friedliche, umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird.

Norbert Eichstädt:

Als Schauspieler interessiert mich natürlich, wie die Linke zur Kulturförderung steht. In den letzten Jahren habe ich mitbekommen, wie die Kulturlandschaft immer mehr ausgedünnt wurde. Theater hat auch die Aufgabe, der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten und auf Missstände aufmerksam zu machen. Das kann es heute kaum noch leisten. Deshalb sind diese beiden Sätze aus dem Parteiprogramm für mich besonders wichtig:



Der Zugang zu Bildung und Kultur, zu den traditionsreichen wie auch den modernen Kultur- und Kommunikationsformen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts und entscheidet wesentlich über die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen wie der Gesellschaft als Ganzes. Kultur und kulturelle Bildung sind Voraussetzung von Emanzipation. [...] Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich. Künstlerinnen und Künstler, alle Kulturschaffenden sollen von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sein.

Ingmar Herr:

Das Kapitel zur Netzpolitik ist mir besonders wichtig, weil sie immer wichtiger wird und immer auch mit der sozialen Frage verbunden ist.

Wir wollen die Freiheit des Wissens in der digitalen Welt verteidigen und ausbauen. Das System der offenen Informationsbereitstellung stößt zunehmend auf den Widerstand von Kontroll- und Geschäftsinteressen. Es soll weitreichenden Beschränkungen unterworfen werden. Informationen müssen frei sein. Mit der digitalen Technologie wurde der Zugang zu Wissens- und Kulturgütern geöffnet und erweitert. Statt Nutzerinnen und Nutzer zu kriminalisieren, sind politische Lösungen für neue Vergütungsmodelle der Kreativ- und Kulturschaffenden zu entwickeln.

Markus Schneider-Johnen:

Hier ist nur noch Platz für 2 Sätze zur LINKEN als Friedenspartei:

Wir fordern das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. [...] DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne Kriege.



Tim Golke für unseren Wahlkreis neu in der Bürgerschaft

Als Nachfolger von Joachim Bischoff, der zum 30.11.2011 aus gesundheitlichen Gründen sein Bürgerschaftsmandat zurückgegeben hat, ist Tim Golke in die LINKE Bürgerschaftsfraktion nachgerückt. Er ist der neue LINKE Abgeordnete für Wahlkreis 1, in dem auch St. Pauli liegt. Tim Golke hatte auf Platz 3 der LINKEN im Wahlkreis 1 kandidiert. Der Kandidat auf Platz 2 Markus Schneider-Johnen hat die Mandatsannahme abgelehnt.

Tim Golke ist 29 Jahre, lebt in Hamm-Nord und ist Jurastudent. „Ich war schon immer ein politischer Mensch und habe mich seit meiner Schulzeit politisch engagiert. Ich habe mich zudem schon lange intensiv für die Anliegen und Probleme der Menschen vor Ort eingesetzt und möchte diese jetzt auch in der Bürgerschaft vertreten. Die Tätigkeit wird eine neue Herausforderung für mich. Dass es gerade in einer kleinen Fraktion viel zu tun gibt, ist mir bewusst, aber ich freue mich auf die Arbeit in der Bürgerschaft.“ Tim Golke hat auch Erfahrungen in der Hochschulpolitik gesammelt, u.a. als Stupa-Präsident, und ist langjähriges aktives Gewerkschaftsmitglied. Zudem ist er ausgebildeter Berater und Beratertrainer im Arbeits- und Sozialrecht.

Tim Golke sieht einen wichtigen Beweggrund für sein Mitwirken bei der LINKEN in seinem Einsatz für ausgegrenzte Menschen und gegen die Vertreibung von Menschen aus ihren angestammten Wohnvierteln. Folgerichtig ist er in der Bürgerschaftsfraktion zuständig für Stadtentwicklung in seinem Wahlkreis.

Seine ersten Erfahrungen in der Bürgerschaft schildert Tim Golke so: „Unsere Anliegen werden in der Bürgerschaft niedergestimmt. Das ist für mich keine Überraschung. Was mich tatsächlich sprachlos macht, ist die häufige Ahnungslosigkeit der FDP-Fraktion, die durch Allge-



meinplätze aus dem Schatzkästlein des Neoliberalismus überdeckt wird. Die den Senat stützende SPD-Fraktion ist in einem bedauernswerten Zustand. Eine große Zahl der Abgeordneten verfolgt die Debatte nicht, sondern spielt auf ihren Tablet-PCs herum, liest Magazine oder tuschelt mit den Nachbarn. Einzelne Abgeordnete bedenken die Redner_innen der Opposition mit meist höhnischen und wenig inhaltlichen Kommentaren, und während der Debatte fehlt häufig über die Hälfte der SPD-Abgeordneten. So stelle ich mir parlamentarische Arbeit nicht vor.“

DIE LINKE. St. Pauli wünscht Tim gutes Durchhaltevermögen unter den widrigen politischen Umständen in der Bürgerschaft!

Sprechstunde: Montags 15:00 - 16:30 Uhr im Büro Borgfelder Str. 83 (nahe U-Burgstr.), ansonsten telefonisch unter 040/ 28 57 69 10 oder per Mail: tim.golke@linksfraktion-hamburg.de